

Kurt Biedenkopf
zum 80. Geburtstag

Vordenker fördert Nachdenken

Peter Gillies

Kurt Biedenkopf durchmaß alle Höhen und auch die Tiefen einer politischen Karriere. Er brillierte mit wichtigen und gewagten Denkanstößen, entzückte die Intellektuellen und vergrätzte Parteifreunde, wurde sogar für ein gutes Jahrzehnt zum „König von Sachsen“ erhoben. Biedenkopf, der am 28. Januar 2010 seinen achtzigsten Geburtstag feiert, darf auf eine der bemerkenswertesten Karrieren in der bundesdeutschen Geschichte zurückblicken.

Die Ökonomie und die sächsische Färbung, weniger das Politische, wurden Kurt Hans Biedenkopf in die Wiege gelegt. Er wurde zwar 1930 in Ludwigshafen geboren, aber Vater Wilhelm stammte aus Chemnitz, wo er Technischer Direktor der Buna-Werke war. Mit dem achtjährigen Kurt zog die Familie nach Schkopau bei Merseburg. Bis 1945 besuchte er das Gymnasium, dann ver schlug es die Biedenkopfs nach Hessen.

Nach dem Abitur 1949 ging der junge Mann – für die Nachkriegszeit recht ungewöhnlich – in die USA, an das Davidson College in North Carolina. Wieder zurück, studierte er Jurisprudenz in München und danach die Nationalökonomie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, wo er 1958 in Jura promovierte.

Danach nahm Biedenkopf eine Professur ins Visier. An der Georgetown University in Washington D.C. folgte der Master of Laws nebst Forschungsaufenthalt. 1963 habilitierte er sich in Frankfurt für Bürgerliches Recht sowie Wirtschafts-

und Arbeitsrecht. 1967 bestellte ihn die Ruhr-Universität in Bochum zu ihrem Rektor – dem jüngsten Hochschulchef der Bundesrepublik.

Der akademischen Karriere folgten politische Aktivitäten. Der Name Biedenkopf gewann bundesweite Strahlkraft. Sein zweijähriger Ausflug in die Privatwirtschaft als Geschäftsführer des Waschmittelkonzerns Henkel brachte ihm kurzzeitig den Spitznamen „Henkelmann“ ein.

Dem Dreiklang von Wirtschaft, Recht und Arbeit sowie seiner analytischen Schärfe verdankte er 1968 den Vorsitz in der Kommission Mitbestimmung, die dann auch bald „Biedenkopf-Kommission“ hieß. Diese Arbeit im Auftrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlug sich in der späteren Gesetzgebung zur Mitbestimmung und zur Betriebsverfassung nieder.

Der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl berief Biedenkopf 1973 als Nachfolger von Konrad Kraske zum Generalsekretär der CDU. Kohl sei, so hieß es seinerzeit, von der intellektuellen Brillanz des Rechtsprofessors beeindruckt gewesen. Er war nun endgültig in der Bundespolitik angekommen.

Schlagzeilen machte Biedenkopf mit unbequemen Denkanstößen und scharfsinnigen Analysen, die zuweilen gar nicht zu einer behäbigen Volkspartei passten. Manchen Journalisten galt er – halb bewundernd, halb ironisch – als „Think Tank of the Union“. Die Medien beobachteten aufmerksam, wie sich „Biko“ Schritt um Schritt zu einem ernst zu nehmenden

politischen Rivalen Helmut Kohls entwickelte.

In seiner CDU hatte der kühl wirkende Intellektuelle nicht nur Freunde. Sie kritisierten ihn als Technokraten, dem die politische Wärme fehle, die eine Volkspartei benötige. Aber Biedenkopf wollte es wissen: 1980 trat er gegen Johannes Rau (SPD) um das Amt des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten an – und verlor. Der an Rhein und Ruhr populäre und bibelfeste Rau eroberte mit achtundvierzig Prozent die absolute Mehrheit im Landtag von Düsseldorf, Biedenkopf unterlag mit dreiundvierzig Prozent; die FDP scheiterte an der Fünf-Prozent-Klausel.

Der Ausflug in die westdeutsche Landespolitik endete 1987. Vier Jahre zuvor hatte er den Fraktionsvorsitz im Düsseldorfer Landtag niedergelegt, dann gab er 1987 auch den CDU-Landesvorsitz auf. Das Ende einer bemerkenswerten Politikkarriere schien besiegelt. Seine innerparteilichen Gegner hatten es ja schon immer gewusst.

An der Zeitenwende

An der Zeitenwende 1989/1990 waren die Meinungsumfragen für Helmut Kohl düster. Ein parteiinterner Putsch gegen den Kanzler wurde gestartet, geführt von Heiner Geißler und dem populären Lothar Späth. Mit von der Partie waren Norbert Blüm, Rita Süßmuth, anfangs auch Ernst Albrecht. In diesen Monaten pflegten die Medien Kurt Biedenkopf bereits als Intimfeind Kohls zu bezeichnen.

Wer gegen Biedenkopf arbeitete, genoss das Wohlwollen des Kanzlers. Unter Kohls geschickter Personalpolitik brach die Palastrevolution gegen ihn jedoch rasch zusammen. Biedenkopf wurde nach seiner deutschlandpolitischen Rede vor dem Bremer Parteitag im September 1989 erneut in den CDU-Bundesvorstand gewählt, „wenn auch nicht mit einem be-

sonders berühmten Ergebnis“, wie er in seinem Tagebuch gestand.

Als Ungarn die Grenzen für DDR-Bürger öffnete und in Ostdeutschland die Menschen auf die Straße gingen, verfestigte sich der Eindruck, dass die Karten der Weltpolitik völlig neu gemischt würden. Plötzlich war die deutsche Einheit keine Utopie mehr, sondern eine reale Chance. „Ein Sturm geht über Europa hinweg“, notiert Biedenkopf am 4. November 1989. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs löst eine beispiellose Fluchtwelle in der DDR aus. Honecker wurde abgesetzt, die Fiktion eines realen Sozialismus brach wie ein Kartenhaus zusammen.

In diesen politisch erregenden Tagen wird deutlich, dass Biedenkopf auch schon vor dem Fall der Mauer in der künftigen Deutschlandpolitik eine gewichtige Rolle zu spielen gedachte. In vielen Gesprächen mit DDR-Dissidenten, auch mit dem SPD-Politiker Georg Leber, versuchte er auszuloten, wie es denn nach einer möglichen deutschen Einheit weitergehen könnte – politisch, sozial und vor allem wirtschaftlich.

Die Berliner Tage während und kurz nach dem Fall der Mauer waren unfassbar, das meistbenutzte Wort hieß „Wahnsinn“. Während der historischen Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus bekam Genscher viel Beifall, während Waigel blass blieb. In seinem Tagebuch ist die Passage über Kohls Rede aufschlussreich. „Sein Talent als Redner ist nicht größer (als das Waigels). Was hätte man zu diesem Anlass alles sagen und bewegen können!

Allerdings räumt er ein, dass Kohl auch Führung zu zeigen imstande war. Das sei deutlich geworden, als der Kanzler Anfang Dezember sein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Frage im Bundestag vorgelegt habe. Damit habe er eine bislang amorphe Debatte klug strukturiert, räumt „Biko“ ein. In den fiebrigen

Kurt Biedenkopf mit seiner Frau Ingrid am 14. Oktober 1990 in einem Studio der ARD anlässlich der Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern, aus denen er als Ministerpräsident von Sachsen hervorging.

© picture-alliance/dpa, Foto: Frank Kleefeldt



Tagen nach dem Mauerfall widmet sich Biedenkopf in zahlreichen Gesprächskontakten intensiv den Konsequenzen der jetzt plötzlich erreichbar scheinenden deutschen Einheit.

In diese konzeptionelle Arbeit wurde auch das von Biedenkopf und Meinhard Miegel 1977 geschaffene Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG), Bonn, eingespant. In fast dreißig Jahren hatte es bemerkenswerte Denkanstöße zur Rentenpolitik, zum Arbeitsmarkt, zur Staatsverschuldung und zur Demografie vorgelegt und in einer erstarrten und subventionierten Institutslandschaft manche aufschlussreiche und anregende Schlagzeile geliefert. Im Juli 2008 wurde das IWG aufgelöst, besteht jedoch als „Denk-

werk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“ weiter.

Das Comeback

Die historische Sturzgeburt der deutschen Einheit und der Kaltstart einer maroden Volkswirtschaft in die Freiheit der Märkte waren Probleme, auf die sich Biedenkopf mit Begeisterung stürzte. Angesichts dieser Gemengelage entscheidet er sich gegen das Angebot, im Wahlkreis Bonn für ein Direktmandat anzutreten. Leipzig fasziniert ihn mehr: Im Januar 1990 kündigt er an, an der Leipziger Universität eine Gastprofessur anzunehmen. Das fasziniert die Medien – allein am 9. Januar muss Biedenkopf dreiundzwanzig Telefon- und Zeitungsgespräche geben.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag erreicht ihn eine Schwemme von Glückwünschen: Kurt Biedenkopf, dessen Karriere schon beendet schien, steht vor einem Comeback. Viele Beschwerden seien ihm von den Schultern genommen, resümiert er im Januar 1990. Was ihn in den Jahren zuvor gequält hatte, wird unwichtig. „Dazu gehören auch die ganzen Irritationen und Schmerzen, die Kohl und sein Anhang mir verursacht haben“, notiert er in seinem Tagebuch. Das alles sei ihm jetzt nicht mehr wichtig.

Der Wissenschaftler Biedenkopf – Monatsgehalt 3050 Ostmark – findet in Leipzig eine juristische Brache vor. Seine Professorenkollegen hungern nach einem verlässlichen Bürgerlichen Recht, nach demokratischem Gesellschaftsrecht, nach einer Wirtschaftsordnung mit einer stabilen Währung. Kohls Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion begleitet er mit Sympathie, wenngleich er die Ansicht vertritt, die Einführung der D-Mark werde nicht über Nacht alle Probleme lösen, mit denen die kollabierende DDR-Wirtschaft zu kämpfen hat.

Die ersten freien Wahlen am 18. März 1990 widerlegen die Vermutung, Ostdeutschland sei strukturell linksgewirkt. Die Allianz gewinnt mit fünfzig Prozent und deklassiert die SPD auf dreiundzwanzig Prozent. Die neue PDS bringt es auf vierzehn Prozent. Biedenkopf wird das Amt eines DDR-Wirtschaftsministers angetragen. Aber die Weichen werden anders gestellt, denn Ende Mai kam erstmals die Bewerbung um das Amt des Ministerpräsidenten von Sachsen ins Gespräch. Aber noch steht der Name Biedenkopf auf der nordrhein-westfälischen Landesliste – Platz sieben – für die Nominierung zum Bundestag.

Die Hörsäle der Leipziger Universität sind stets proppenvoll, wenn Professor Biedenkopf über Recht, Eigentum und Marktwirtschaft liest. Er ringt mit dem Angebot, in Sachsen als Spitzenkandi-

dat für die CDU anzutreten. Sachsen ist das einzige gewachsene Land in Ostdeutschland, zudem die wichtigste industrielle Region. Zwar war auch Heiner Geißler im Gespräch, aber die Würfel waren längst zugunsten Biedenkopfs gefallen. Am 4. September 1990 wählte der Landesparteitag der sächsischen CDU ihn zum Spitzenkandidaten. Anschließend besuchte er Helmut Kohl, der ihn herzlich begrüßte und jede Unterstützung versprach. Das Kriegsbeil war offenbar begraben.

In den Wochen bis zur Wahl flogen ihm die Herzen der Sachsen zu. Als er sich dem Parteitag vorstellte, löste sein Versprechen, Sachsen alsbald wieder zu einem Freistaat zu machen, den größten Beifall aus. Regelmäßig Applaus bekommt er auf Marktplätzen, wenn er verspricht, die alten Kader und Seilschaften zu entmachten. Im Wahlkampf löst ein Bad in der Menge das andere ab, an den Kundgebungen nehmen jeweils Zehntausende teil.

Phänomenaler Erfolg in Sachsen

Am 14. Oktober 1990 war Biedenkopfs Comeback perfekt. Seine CDU siegt in Sachsen mit rund vierundfünfzig Prozent und holt alle achtzig Wahlkreise direkt. Ein phänomenaler Erfolg, der auch die CDU-Ergebnisse in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern übertrifft. Sachsen holt mit seiner absoluten Mehrheit nahezu ein „bayerisches Ergebnis“. In den folgenden Tagen bastelt Biedenkopf an seiner Kabinettsliste und vielen politischen und wirtschaftlichen Projekten. Er verhehlt seine Genugtuung nicht – nun war er doch noch Ministerpräsident geworden, wenn auch nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in einem jungen Bundesland. Am 8. November 1990 werden der sächsische Ministerpräsident und sein Kabinett vereidigt.

Auch bei den Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag am 2. Dezem-

ber 1990 (Union 43,8 und FDP 11 Prozent) leisteten die Sachsen einen überdurchschnittlichen Beitrag: 49,5 Prozent CDU. Kohl hatte seinen Herausforderer Lafontaine eindrucksvoll geschlagen.

Noch zweimal, 1994 und 1999, haben die Sachsen ihre Entscheidung wiederholt. Dem Freistaat ist das gut bekommen. Er entwickelte sich wirtschaftlich erstaunlich, auch wenn nicht alle Träume in Erfüllung gingen. „König Kurt von Sachsen“, wie Biedenkopf alsbald bewundernd, wenn auch mit einem Schuss leichter Ironie, genannt wurde, entwickelte Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Vor allem aber gelang es ihm, dem wackeren Stamm der Sachsen eine eigene regionale Identität zu vermitteln. Ihr Lebensstandard verbesserte sich in der Biedenkopf-Ära von fünfunddreißig auf fünfundsiebzig Prozent des westdeutschen Niveaus.

Biedenkopfs politischer Einfluss ging deutlich über Sachsen hinaus. Zuweilen stichelte er gegen „die da in Bonn“, was seine Beliebtheit im Freistaat steigerte. In der deutschen Politik galt Biedenkopf bald als Sachwalter aller ostdeutschen Interessen. Gegenüber der Bundes-CDU bezog er kritische Positionen. Dass er die früheren Rankünen Kohls nicht vergessen hatte, zeigte sich 1997, als er öffentlich gegen dessen erneute Kanzlerkandidatur Stellung bezog.

Immer wieder machte er deutlich, wie wohl er sich mit seiner „Königin“ Ingrid in Sachsen fühlte. Im Internet notiert er: „In meinem Dresdner Arbeitszimmer hängt ein Foto. Es zeigt zwölf Erwachsene und zehn Kinder: meine Enkel und ihre Eltern. Fragen mich Besucher, warum ich fünfzehn Jahre nach dem üblichen Beginn des Rentnerlebens noch arbeite, der Hertie School of Governance in Berlin als Vorsitzender des Kuratoriums diene, Reden halte, Bücher schreibe und sonstigen Tätigkeiten nachgehe, dann deute ich auf das Foto: meiner Enkel wegen. Ich möchte nicht, dass sie eines Tages ihren Groß-

vater in Haft nehmen für Entwicklungen, die sie unlösbaren Konflikten aussetzen, im eigenen Land und in Europa.“

Als Wolfgang Schäuble im Jahr 2000 als CDU-Vorsitzender zurücktrat, war Biedenkopf sogar kurzzeitig als Parteichef im Gespräch. Sein Regierungsstil machte ihm in den zwölf Jahren nicht nur Freunde. Hinzu kamen sogenannte Affären. Eine rankt sich um das Paunsdorf-Center bei Leipzig, mit dessen Bauherr Biedenkopf befreundet war. Der sächsische Landesrechnungshof hatte das Projekt als teuer und überdimensioniert bezeichnet.

In der sogenannten Mietaffäre ging es um die Frage, ob das Ehepaar Biedenkopf für seine Dienstwohnung eine angemessene Miete zahle. Die öffentliche Debatte um Miete, Putzfrau, Dienstwagenutzung und ähnliche staatspolitisch herausragende Probleme entwickelte sich zu einer Kampagne, an deren Ende der Ministerpräsident 2002 seinen Rücktritt ankündigte. Er dankte der CDU-Fraktion für die „Loyalität und Solidarität“ während der Zeit „der Anfeindungen“.

Gefragter Gesprächspartner

Auch nach seinem Rücktritt blieb Biedenkopf als *Elder Statesman* ein gefragter Gesprächspartner auf Tagungen und Kongressen über die gesamte Bandbreite von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Und wenn Journalisten einen klugen, originellen und intellektuell scharfsinnigen Interviewpartner brauchten, gingen sie oft und gern auf Biedenkopf zu. Das hat sich bis heute nicht geändert – man erinnere sich an seine TV-Auftritte zu den Bundestagswahlen 2009.

Kurt Biedenkopf bekannte und bekennt sich gern zu gesellschaftlichen Werten, privat aber besonders gern zu einer Leidenschaft: der Modelleisenbahn. Er wurde zum Krawattenmann und zum Pfeifenraucher des Jahres gekürt. Wichtiger indes seine bislang fünf Ehrendoktorhüte:

drei von amerikanischen Universitäten, einer aus Belgien und im Jahre 2008 einer, der ihn besonders berührte, jener der Handelshochschule Leipzig. Von 2003 bis 2006 war er Gründungspräsident der Dresden International University.

Schon sehr früh beschrieb Biedenkopf in Veröffentlichungen den gravierenden Wandel der Parteienlandschaft und den Niedergang der Volksparteien. In den Siebzigerjahren erstritten sich Union und SPD ein Wählerpotenzial von deutlich mehr als achtzig Prozent. Heute feiern sie es schon als Sieg, wenn sie fünfundfünfzig oder sechzig Prozent erobern. Andererseits weigert er sich, daraus bereits den „Verlust der Mitte“ abzuleiten. Von einer wirklichen Ausdünnung dieses wahlentscheidenden Potenzials könne keine Rede sein, allenfalls davon, dass die Volksparteien es nicht oder unzureichend erreicht.

In die Meinung, der Niedergang der Volksparteien, verbunden mit einem Wertewandel, sei gefährlich für die Demokratie, hatte er nie eingestimmt. Vielmehr sei dies ein bereichernder Suchprozess. Aber wenn die Parteien den parlamentarischen Prozess usurpierten, sei dies ein politisches Defizit, das zu ritualisierten Debatten und vorausbestimmten Abstimmungen führe. Gemessen am verfassungsrechtlichen Auftrag, habe sich die dienende Funktion der Parteien in eine beherrschende verwandelt.

„Die Ausbeutung der Enkel“

Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen ragt das 2006 erschienene Buch „Die Ausbeutung der Enkel“ heraus. In diesem „Plädoyer für die Rückkehr zur

Vernunft“ sorgt sich Biedenkopf um einen überbordenden Sozialstaat, der von der Hand in den Mund lebt und den nächsten Generationen rücksichtslos gigantische Schuldenberge hinterlässt.

Der Staat bevormunde seine Bürger, leere die Sozialkassen, dulde ein marodes Bildungssystem und verkenne die Herausforderungen, die eine vergreisende Gesellschaft aufwerfe. Er möchte einen neuen Maßstab in die Politik einführen: die „Enkeltauglichkeit“ aller politischen und legislativen Maßnahmen. Wenn die gegenwärtige Generation ihre Ansprüche nicht mit den Problemen der Nachwachsenden in Einklang bringe, werde sie auf deren Solidarität nicht rechnen können.

Biedenkopfs Analyse ist bedrückend: Der Sozialstaat ist an seiner Aufblähung gescheitert, die staatliche Infusion von Wachstum wirkt nicht mehr, die öffentlichen Finanzen sind zu „Zeugnissen des Versagens“ geronnen, eine rückwärtsgewandte Arbeitsverfassung und die sozialpolitische staatliche Vormundschaft haben „freie Bürger zu ängstlichen Leistungsempfängern“ gemacht. Vor dem Hintergrund der Überalterung brauche die Gesellschaft einen neuen Grundkonsens der Solidarität zwischen den Generationen.

Mit dem Zitat seines Lehrers Arthur Burns umreißt er das Problem: „Ein Volk, das die Stimmen seiner Ahnen nicht hört und die Interessen seiner Nachkommen nicht achtet, hat keine Zukunft.“ Der Vordenker Biedenkopf regt weiter zum Nachdenken an – auch in seinem achtzigsten Lebensjahr.

Die **Februarausgabe** der **Politischen Meinung** beschäftigt sich mit der
Zukunft Europas.

Hierzu schreiben Hans-Gert Pöttering, Elmar Brok, Michael Mertes
und Wolfgang Saam.